

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/041(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 20.03.2018	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	18:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2018
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Leitlinien zur psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der
Landeshauptstadt Magdeburg DS0012/18
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Stadtteilreport 2017

10366/17

7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Jenny Schulz

Mitglieder des Gremiums

Gerhard Häusler

Manuel Rupsch

Kornelia Keune

Steffi Meyer

Karsten Köpp

Sachkundige Einwohner/innen

Bärbel Bühnemann

Geschäftsführung

Heike Ponitka

Abwesend - entschuldigt

Tom Assmann

Karina Schade-Köhl

Natalie Schoof

Sarah Schulze

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Stadträtin Schulz**, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Tagesordnung wird bestätigt: **4-0-0**

3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.2018

Genehmigung der Niederschrift: **3-0-1**

4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur Öffentlichen Sprechstunde erschienen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Leitlinien zur psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0012/18

Frau Ponitka, Gleichstellungsamt, berichtet, dass in der kommunalen AG Frauenschutz von den Fach-Beratungsstellen mitgeteilt wurde, dass es eine Verschiebung der Problemlagen von Frauen mit Gewalterfahrung gibt und diese verstärkt Frauen mit multiplen Schwierigkeiten und psychischen Beeinträchtigungen z.B. im Frauenhaus und in der Frauenberatungsstelle begleiten. Daher ist es dringend notwendig, dass in den Leitlinien u.a. auch Präventionsangebote und Gesundheitsförderung enthalten sind. Ein weiteres Problem besteht darin, für betroffene Frauen und Kinder mit psychischen Problemen einen zeitnahen Therapieplatz zu erhalten.

Stadtrat Köpp hatte bereits zu der Drucksache eine Anfrage an die Verwaltung mit Fragen zu konkreten Maßnahmen gestellt, die von **Frau Borris**, Dez. V, bereits beantwortet wurden.

Stadträtin Schulz berichtet, dass auch ihr verstärkt mitgeteilt wird, dass es schwierig ist für Jugendliche mit psychischen Problemen zeitnah einen Therapieplatz oder sonstige

Unterstützungsleistung zu erhalten. Fällt diese Thematik mit in die Leitlinien und ist dies ein generelles Problem für Magdeburg und sind mehr Angebote diesbezüglich notwendig?

Frau Borris, Dez V, stellt die DS vor und erklärt, dass man unterscheiden muss zwischen klinischer, psychiatrischer und medizinisch psychiatrischer Versorgung. Um Therapiemöglichkeiten in klinischer und medizinischer Hinsicht zu schaffen, ist die Verwaltung recht eingeschränkt, da für diese Bereiche die Kassenärztliche Versorgung zuständig ist. Vorrangig ist die Verwaltung für psychosoziale Therapien zuständig und in dieser Hinsicht muss dann geschaut werden, ob die vorhandenen Angebote ausreichend sind um die Bedarfslagen zu bedienen. Im Verantwortungsbereich der Verwaltung liegen z.B. die Eheberatung oder auch die Familienberatung. Ist es medizinisch diagnostiziert fällt dies nicht mehr in den Bereich der psychosozialen Therapie bzw. Versorgung, sondern der Kassenärztlichen Vereinigung.

Stadträtin Schulz fragt an, ob es noch weiteren Klärungsbedarf zur Drucksache gibt und gemeinsam mit **Stadträtin Keune** bedankt sie sich bei **Frau Borris** und ihrem Team für die Einbringung der Drucksache.

Die Drucksache wird zur **Kenntnis genommen**.

6. Informationsvorlagen

6.1. Stadtteilreport 2017 Vorlage: I0366/17

Herr Delius, V/02, bringt die Information ein. Er erklärt, dass es mittlerweile der 4. Stadtteilreport ist. Ziel dieser Datenerhebung ist u.a. die verschiedenen Stadtteil zu untersuchen, um festzustellen wo es welchen Handlungsbedarf gibt, um damit die sozialpolitischen Planungsprozesse steuern zu können. Um den Ressourceneinsatz zu steuern, wurden bei dem Stadtteilreport verschiedene Kennzahlen in ein Ranking überführt um damit Rückschlüsse z.B. auf verschiedene Problemlagen in einzelnen Stadtteilen einzugehen.

Der Report an sich, gliedert sich in 4 Teile: Gesamtindex, Teilindexe, Stadtteilbeschreibung und Darstellung der einzelnen Kennzahlen.

Der Gesamtindex ist die höchste Verallgemeinerungsstufe, dort wurden aus den 4 Analysebereichen (sozio-ökologische, gesellschaftliche Teilhabe, familiäre Situation, Bevölkerungssituation) die Ergebnisse zusammengefasst.

Weitgehend wurde versucht die Fallzahlen geschlechtsspezifisch darzustellen, insoweit vorhanden. Im 2. Teil des Reports sind die Kennzahlen zu verschiedenen Problemlagen zusammengefasst. Dazu gehören z.B. Grundsicherung im Alter und Arbeitslosenzahlen nach SGB II und III.

Frau Borris, erklärt, dass auch für das Dez. V der Stadtteilreport wichtig ist, da sie dadurch erkennen können, ob ihre Infrastrukturplanung in den einzelnen Stadtteilen Zielgruppengerecht ist oder nicht, um dadurch sozialpolitisch agieren zu können.

Stadtrat Köpp, fragt an, ob sie ein ausgedrucktes Exemplar des Stadtteilreports bekommen können um damit arbeiten zu können?

Herr Delius erklärt, dass es den Report nur als PDF-Datei gibt, aber es die Möglichkeit gibt, über die zentrale Vervielfältigung sich ein Exemplar ausdrucken zu können.

Frau Ponitka, Gleichstellungsamt, bietet an, Exemplare vervielfältigen zu lassen und diese dann zuzusenden. **Stadträtin Schulz**, bedankt sich für die Einbringung.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

7. Verschiedenes

Frau Ponitka, Gleichstellungsamt, berichtet, dass in der letzten FuG-Sitzung ein Medienkoffer des Kompetenzzentrum für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e.V. vorgestellt wurde (Kita- und Grundschulbereich) und der Träger den genauen der Preis für diesen Koffer mit Inhalt noch mitteilen wollte (didaktisches Material, Fachbücher/ CD`s). Der Gesamtpreis beträgt für einen Koffer gesamt 450 €.

Stadträtin Schulz teilt mit, dass sie einen Antrag mit den anderen Fraktionen zur Finanzierung eines Medien-Koffers für Einrichtungen der Stadt abstimmen wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jenny Schulz
Vorsitzende/r

Natalie Schoof
Schriftführer/in